

SPD demokratischer pressediens

F/XXVI/176

15. September 1971

Funktionsunfähige Opposition

Von Regierungsfähigkeit weit entfernt

Von Jochen Schulz
Sprecher des SPD-Vorstandes

Seite 1 und 2 / 55 Zeilen

Person von der Sache trennen

Klärende Feststellung zum Fall Prof. Lotz

Von Hans-Jürgen Junghans MdB
Stellv. Vorsitzender der sozialdemokratischen
Bundestagsfraktion

Seite 3 / 35 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Die Deutsche Stiftung für Entwicklungshilfe

Seite 4 und 5 / 96 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Eder
5300 Bonn 2, Hausallee 2-10
Postfach: 9153
Pressnhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 686 649/686 647/
686 648 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Funktionsunfähige Opposition

Von Regierungsfähigkeit weit entfernt

Von Jochen Schulz

Sprecher des SPD-Vorstandes

Der desolatte Zustand der CDU ist hinter den Wortkaskaden der Redner auf dem Kongreß der CDU-Mittelstandsvereinigung am letzten Wochenende nur zu deutlich sichtbar geworden. Das gilt für die personalpolitische Seite ebenso wie für die wichtigen Sachfragen. Die CDU ist von der Regierungsfähigkeit weiter entfernt als jemals seit ihrem Bestehen.

Die Kooperation der Mittelstandspolitiker mit den im Wirtschaftsrat versammelten Interessenvertretern der Großindustrie ist mißlungen. Auch beim Bremer Aufgalopp der beiden Aspiranten für den Parteivorsitz, Dr. Barzel und Dr. Kohl, für den bevorstehenden CDU-Parteitag waren die Dissonanzen unüberhörbar.

Seit einiger Zeit steht fest, daß die CDU von einer einheitlichen Meinung zum Berlinabkommen sehr weit entfernt ist. Die Äußerungen ihrer Spitzenpolitiker hierzu reichen von der Verurteilung der westlichen Verbündeten bis zur verhaltenen Zustimmung zu dem Abkommen.

Ähnliches gilt für die Haltung der CDU zu den Verträgen von Moskau und Warschau. Schon heute ist sicher, daß die Haltung der Union zum erstgenannten Vertrag nicht mehr einheitlich ist (wenn sie es jemals war) und daß auch zum zweiten Vertrag unterschiedliche Stimmenabgaben der Oppositionsabgeordneten zu erwarten sind.

In der Wirtschafts- und Währungspolitik reicht die in allen Regenbogenfarben schillernde Meinungsvielfalt in der Union von der Kritik des CSU-Vorsitzenden Strauß an der Regierungspolitik bis zur Zustimmung durch Prof. Dr. Ludwig Erhard.

Noch immer wartet die deutsche Öffentlichkeit auf eine Ent-

scheidung der CDU/CSU-Fraktion, ob sie nun den DU-Vorsitzenden Zoglmann feuern will, wie es die Demokraten in dieser Fraktion wünschen, oder ob der rechtsgestrickte Vorsitzende einer konkurrierenden anderen Partei Gast der CDU/CSU-Fraktion bleiben darf, womit sich Franz Josef Strauß durchsetzen würde.

Die Erklärungen aus den Reihen der CDU/CSU zum Haushalt 1972 zeichnen sich dadurch aus, daß man einerseits ein geringeres Gesamtvolumen befürwortet und im gleichen Atemzug Erhöhungen der Einzel-Etats fordert.

Schließlich hat sich der oben erwähnte Streit im personellen Bereich in den letzten Wochen auch noch auf Organisationsprobleme ausgedehnt, so z.B. auf die Frage der Zusammensetzung des Parteipräsidiums und die des Generalsekretärs oder Geschäftsführers. Nur eines scheint sicher: Bei der Auswahl des künftigen Kanzlerkandidaten der Union wird das entscheidende Wort vom CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß gesprochen werden - von einem Mann, also, der auf die Belange der Bundesrepublik Deutschland nicht die geringste Rücksicht nimmt, wenn es um seine parteipolitischen oder persönlichen Interessen geht.

Dies sind nur einige Beispiele für die Funktionsunfähigkeit der Union. In diesen personellen und sachlichen Differenzen liegen die Ursachen für die Unfähigkeit der Opposition zu seriöser Kritik und für ihre ständigen Fehlanzeigen auf die Fragen nach Alternativen zur Politik der sozial-liberalen Koalition und ihrer Regierung. Es liegt nicht im deutschen Interesse, wenn die Opposition weiter richtungslos in der politischen Landschaft umhertaumelt und sich in wichtigen Fragen - teilweise solche von historischem Rang - in aller Welt isoliert! Sie sollte sich endlich fangen!

(-/wr/15.9.1971/ks)

+ + +

Person von der Sache trennen

Klärende Feststellung zum Fall Prof. Lotz

Von Hans-Jürgen Junghans MdB

Stellv. Vorsitzender der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Das auf eigenen Wunsch erfolgte Ausscheiden des VW-Generaldirektors Professor Lotz gibt offenbar vielen Politikern der CDU/CSU-Veranlassung, sich den Anschein zu geben, als könnten sie nicht nur seine fachliche Befähigung, sondern auch seinen Stellenwert im VW-Unternehmen genau beurteilen. Daß dies in Wahrheit nicht der Fall ist, daß heute über die Person des Herrn Professor Lotz viele schreiben, die ihn kaum persönlich, geschweige denn seinen Arbeitsstil und seine Entscheidungsmaßstäbe kennen, ist offensichtlich. Daß dies bei Vertretern der CDU/CSU-Opposition aus sehr durchsichtigen politischen Gründen geschieht, auch.

Wer heute das scheinbare Außenseiterschicksal auf sich nimmt, Herrn Professor Lotz persönlich nicht zu kennen und noch in der Lage ist, die Person von der Sache zu trennen, muß an Selbstverständliches erinnern: Wer als Unternehmer in besonderer Verantwortung steht und das bei jeder sich bietenden Gelegenheit für sich in Anspruch nimmt, der muß auch das mit einer solchen Position verbundene Risiko zu tragen bereit sein. Man würde dem Format des Herrn Professor Lotz sicher Unrecht tun, wenn man ihn mit jenen auf eine Stufe stellte, die in jedes Horn blasen, das ihnen politisch vor den Mund kommt.

Diese versuchen nur zu vernebeln, daß die Arbeitsleistung eines Managers am Erfolg gemessen werden muß und nicht nur an seinen Bemühungen und Wünschen. Anderenfalls bliebe dem unbekanntem Arbeitnehmer allein die Last beruflichen Risikos.

Herrn Flick wird zugeschrieben, er habe in einer dem VW-Unternehmen ähnlichen Situation lakonisch entweder bessere Zahlen oder neue Gesichter zu sehen verlangt. In diesem Falle wäre die CDU/CSU-Opposition mit einem lässigen Achselzucken darüber hinweggegangen.

Noch einmal: Wer den stolzen Titel "General" in Verbindung mit seiner Funktionsbezeichnung führt, muß sich gefallen lassen, mit besonderer Elie gemessen zu werden. Möglicherweise wird es auch der Generalsekretär der CDU einmal am eigenen Leibe erfahren: Es gibt einen Unterschied zwischen persönlicher Sympathie und sachlicher Bestätigung.

(-/wr/15.9.1971/bgy)

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Die Deutsche Stiftung für Entwicklungshilfe

Die Deutsche Stiftung für Entwicklungshilfe führt, von der deutschen Öffentlichkeit wenig beachtet, seit 1960 Seminare und Ausbildungshilfen für Stipendiaten aus Entwicklungsländern durch. Für Länder der Dritten Welt werden Kader herangebildet, die den Prozeß der Eigenverantwortung beschleunigen helfen sollen. Die Schicht einheimischer Fachkräfte ist in diesen Ländern noch sehr schwach, und ohne leistungsfähige Kader würde die Entwicklung zu modernen Gesellschaftsformen erheblich erschwert sein.

Aus den Entwicklungsländern werden a/ Führungskräfte herangebildet, die politische Entscheidungen in längerfristiges Handeln umzusetzen haben; b/ Spezialisten und mittlere Führungskräfte aus diesen Ländern weitergeschult; c/ Schulung und Umstellung deutscher Fachkräfte in dieses Programm eingefügt.

Das Programm umfaßt: 1/ Internationale kurzfristige Veranstaltungen über Fachthemen im In- und Ausland. 2/ Langfristige - ein bis zwei Jahre - Trainingskurse für Bereiche der Verwaltung, der technischen Berufserziehung sowie der Land- und Forstwirtschaft und des Fischereiwesens. 3/ Allgemeine und spezielle Vorbereitung deutscher Fachkräfte. 4/ Öffentlichkeitsarbeit. 5/ Dokumentation.

Die Programme werden in Einzelabteilungen der DSE durchgeführt. Die Abteilung Erziehung, Wissenschaft und Dokumentation hat ihren Sitz in Bonn. Ziel ist, den fehlenden Kontakt "Gebildeter" zur ländlichen Bevölkerung und analphabetischen Massen sowie die geringe Kommunikation zwischen verschiedenen Stämmen oder sozialen Gruppierungen zu verbessern.

Das Seminarzentrum für Wirtschafts- und Sozialentwicklung besitzt ein Domizil in der schön gelegenen ehemaligen Borsig-Villa am Tegeler-See in Westberlin. Die Durchführung internationaler Seminare sowie kurzer Tagungen sind Hauptaufgaben dieses Zentrums. Die Veranstaltungen dienen dem Erfahrungsaustausch zwischen Experten aus Industrie- und Entwicklungsländern. Es werden keine fertigen Modelle von den Experten vorgetragen; jedes Seminar hat die ihren Ländern gemäßen Strukturen bei der Übernahme von bestimmten Ideen zu berücksichtigen. Diese Maßnahmen sind eingeordnet in die Entwicklungspolitik der Bundesregierung, sowie kompetenter internationaler Organisationen, die die Programme der verschiedenen Kooperationsformen ergänzen und neue Methoden, Maßnahmen und Strategien für die Entwicklungspolitik ermitteln sollen. Viele Veranstaltungen werden im "Zentrum" in Kooperation mit UN-Fach- und Regionalorganisationen durchgeführt. Die in den Entwicklungsländern selbst durchgeführten Programme des "Zentrums" galten 1970 der Förderung des Exports, der Entsendung von Trainings-Teams zur Verbesserung von Landfunkprogrammen und Vermittlung technischen Wissens durch Tageszeitungen oder Magazine in einer Reihe afrikanischer Länder.

Die Zentralstelle für Auslandskunde in Bad Honnef hat den Auftrag, deutsche Fachkräfte mit ihren Ehefrauen auf einen Einsatz in Übersee vorzubereiten. Die Schulung erfolgt im Rahmen von Einzelanweisungen, Wochenkursen und dreimonatigen Vorbereitungsseminaren. Bis Ende 1970 haben über 1.000 Experten an den dreimonatigen Veranstaltungen teilgenommen.

Die Zentralstelle für öffentliche Verwaltung in Berlin-Tiergarten leistet in Zusammenarbeit mit den zuständigen Bundesministerien, mit Bundesländern, Kommunalverwaltungen sowie Spitzenverbänden Verwaltungshilfen. Es werden Strukturprobleme in Angriff genommen, die in den sozial-politischen Bereich hineinreichen. Um den gestellten Aufgaben in den Entwicklungsländern gerecht zu werden, ist eine leistungsfähige Verwaltung unerläßliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Entwicklungspolitik. Der Erfahrungsaustausch erfolgte durch Seminare oder mehrmonatige Fortbildungsprogramme. Bis Ende 1970 führte die ZVÖ 172 Veranstaltungen mit 3.694 Teilnehmern aus Ländern der Dritten Welt durch.

Die Zentralstelle für gewerbliche Berufsförderung in Mannheim führt eine gezielte Berufsausbildung durch. Die Bundesregierung legt das Schwergewicht dieser Arbeit auf den verstärkten Ausbau zur Förderung und Hilfe für technische Berufsausbildungszentren in Afrika, Asien und Lateinamerika. In Zweijahres-Kursen werden technisch ausgebildete Lehrer für Entwicklungsländer geschult. Bis jetzt kehrten etwa 1.000 ausgebildete Kräfte in ihre Heimatländer zurück.

Die Zentralstelle für Ernährung und Landwirtschaft in Feldafing wurde 1964 eröffnet. Grundlage bildete eine UN-Empfehlung für die Zweite Entwicklungsdekade für Agrarhilfen in der Dritten Welt. Der Schwerpunkt der Arbeit liegt in der Durchführung von Aus- und Fortbildungsvorhaben für land- und forstwirtschaftliche Fach- und Führungskräfte aus Entwicklungsländern. Bisher wurden diese Programme für etwa 1.200 landwirtschaftliche Fachkräfte organisiert. 1970 wurden 370 Gäste aus 57 Ländern weitergebildet. Bei diesen Stipendiaten handelte es sich um qualifizierte Kräfte mit "Multiplikatorfunktionen".

Die Geschäftsführung der DSE liegt in den Händen eines Kurators, der seinen Sitz in Berlin hat. Dort befindet sich auch die "Stabsabteilung" für Planung, internationale Beziehungen, Koordination usw. Hier befindet sich gleichfalls die Hauptverwaltung. Die Kuratoriumsmitglieder beruft der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Präsident des Kuratoriums ist zurzeit Hans Matthöfer SPD-MdB. Vor ihm war es Hans Jürgen Wischnewski SPD-MdB. Beirat und Fachausschüsse sind Beratungsorgane des Kuratoriums.

Das zuständige Ministerium stellte 1969 rund 12,3 Millionen DM, 1970 ca. 14,6 Millionen DM bereit und für 1971 werden rund 18 Millionen DM zur Verfügung gestellt. 310 feste Mitarbeiter bilden den Kern in den Abteilungen. Über 60 akademische Mitarbeiter gehören als Dozenten dazu, die den verschiedensten Disziplinen angehören. An der Durchführung der Programme sind außerdem etwa 2.500 weitere Dozenten durch Honorarverträge verpflichtet worden. Weiter sind etwa 500 Personen, wie Lehrer, Landwirte, Meister usw., in die Programme mit eingeschlossen. (wr/wr/15.9.1971/bgy)